

# Linkes Godesberg – Das neue Hamburger Programm der SPD



**Detlev Albers**

Chief Editor of Social Europe Journal and Professor of Politics at Bremen University

**D**ER VORGANG VERDIENT europäisches Interesse: Die deutschen Sozialdemokraten haben auf ihrem Parteitag Ende Oktober 2007 ein neues Grundsatzprogramm beschlossen, das Hamburger Programm. Nach Berlin (1989) und Godesberg (1959) ist es das dritte Programm der Nachkriegszeit. Spannt man den Bogen über die ganze Parteigeschichte, gingen ihm das Heidelberger Programm (1925) und das Görlitzer Programm (1921) in der Weimarer Republik sowie die Programme von Erfurt (1891) und Gotha (1875) während des deutschen Kaiserreichs voraus. Zum siebten Mal also ein neues Grundsatzprogramm, was lohnt daran die Aufmerksamkeit?

Beginnen wir mit dem Normalen im Ungewöhnlichen. Das Hamburger Programm ist das erste Grundsatzprogramm einer der großen linken Volksparteien Europas im neuen 21. Jahrhundert, formuliert für die vor uns liegenden zwei bis drei Jahrzehnte. Im Unterschied zu allen seinen Vorgängern ist es erarbeitet von einer SPD als Regierungs- nicht als Oppositionspartei - und es brauchte dafür acht lange Jahre, von 1999 bis 2007, drei einander folgende Programmkommissionen und nicht weniger als vier Parteivorsitzende.

Mit dem Hamburger Programm meldet sich die SPD als Programmpartei zurück. Diesem Anspruch fühlte sich die Partei seit jeher verpflichtet. Er fand einst seinen Ausdruck im Nebeneinander des

Erfurter Programms, das in seinem ersten Teil den vermeintlich „naturnotwendigen“ Weg zu einer klassenlosen sozialistischen Gesellschaft skizzierte, ihm jedoch im zweiten Teil einen konkreten Maßnahmenkatalog von Übergangsforderungen hin zu einer demokratischen Republik anfügte. Das Wissen um die Berechtigung eines solchen Spannungsbogens zwischen der Vision einer sozialdemokratischen Partei, ihrem geschichtlichen Auftrag, und ihren aktuellen tagespolitischen Zielen hatte sich in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten verflüchtigt. Stichworte hierfür waren das Schröder/Blair-Papier aus dem Jahre 1999, weitreichende Privatisierungen öffentlicher Güter, nicht wenige Aspekte der Agenda 2010 oder die Versuche, zentrale programmatische Zielvorstellungen wie den „demokratischen Sozialismus“ und „Wirtschaftsdemokratie“ als prinzipiell überholt und damit obsolet abzutun.

Dieser gesamten Tendenz widersprechen Anlage, Methodik und inhaltliche Grundaussagen des jetzigen Hamburger Programms. Nun könnte man einwenden, die SPD habe doch ihren Anspruch, Programmpartei zu sein, auch zuvor niemals aufgegeben. Das aber gilt nur formal, nicht der Sache nach. Denn das vorherige Parteiprogramm von Berlin, beschlossen im Dezember 1989, blieb trotz wichtiger, bis heute aktueller Einsichten verhaftet im Denken des System-Gegensatzes, der nationalen

Teilung und damit letztlich des Kalten Kriegs. Auf diese Weise war es ein Leichtes, seine gültigen programmatischen Aussagen, etwa zum Prinzip der Nachhaltigkeit, unter Verweis auf die grundlegend veränderten Weltverhältnisse beiseite zu schieben. Tatsächlich hatte das Berliner Programm seine orientierende Wirkung auf die sozialdemokratische Regierungspolitik längst eingebüßt. Nur ein kleiner Schritt fehlte noch, sich für die Zukunft „auf immer“ vom Ballast unbequemer visionärer Zielbestimmungen zu befreien.

Um so wichtiger ist der mit dem neuen Hamburger Programm gesetzte Kontrapunkt. Wenn es sich schon einleitend in die „stolze Tradition des demokratischen Sozialismus“ einreihet, dann ist das keine rückwärtsgerichtete Verbeugung vor der Vergangenheit. Ausdrücklich bekräftigt der Abschnitt über „Unsere Grundwerte und Grundüberzeugungen“, dass diese Idee nichts Geringeres als den programmatischen Horizont sozialdemokratischer Zielvorstellungen für das 21. Jahrhundert formuliert, das „erste wirklich globale Jahrhundert“, wie es in der Zeit-Analyse heißt. Aus dem Land, in dem die Berliner Mauer stand, kommt damit keine zwei Jahrzehnte später das offensivste Bekenntnis zur Aktualität eben dieser sozialistischen Zielsetzungen.

Wer wollte bestreiten, dass sich darin eine entscheidende Wegmarke für die ganze europäische Linke der Gegenwart findet? Im ausgehenden 19. Jahrhundert hatte das Erfurter Programm für alle übrigen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien auf dem Kontinent Pate gestanden, die sich damals in der Gründungsphase befanden. Das Godesberger Programm in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit symbolisierte mit der Anerkennung von Grundwertesozialismus und sozialer Marktwirtschaft einen weiteren Wendepunkt, von dem wichtige

Vorbildwirkungen auf die europäische Sozialdemokratie ausgingen. Als eine Art „Linkes Godesberg“ hat jetzt das Hamburger Programm gute Chancen, ebenbürtig den beiden einflussreichsten Grundsatzprogrammen der Partei an die Seite zu treten.

### **Kernbotschaften des Programms**

Den Klimawandel aufhalten. Welche Zentralität das Hamburger Programm dem Kampf gegen die menschenverursachte Erderwärmung zuerkennt, verdeutlicht die herausragende Stellung, allen anderen Widersprüchen vor- und übergeordnet, die es dieser Frage im Eingangs-Kapitel „Die Zeit, in der wir leben“ einräumt. In allen folgenden Programmabschnitten begegnet uns das „Prinzip Nachhaltigkeit“ wieder, einschließlich einer radikalen Wende der Energiepolitik bis hin zum Eintritt in das Solarzeitalter. Es soll die Tätigkeit des „Globalen Rats der Vereinten Nationen für Wirtschafts- Sozial- und Umweltpolitik“ bestimmen, eine Kernforderung auf dem Weg zur angestrebten „Weltinnenpolitik“. Und es wird nicht minder eindringlich in den Kapiteln zur Europäischen Union und zur Umgestaltung der Wirtschaft im eigenen Land eingefordert. Gleichwohl könnte es sich schon bald herausstellen, dass alle diese Zielsetzungen vor der dramatischen Zuspitzung der wirklichen Klimaverhältnisse verblassen und viel direktere Eingriffe in die industrielle Lebensweise erforderlich machen.

Dem globalen Kapitalismus entgegenzutreten. So wenig die Globalisierung von Kapital und Waren, Dienstleistungen und Arbeit zurückzudrehen ist, - birgt sie doch vielmehr unbezweifelbare Chancen - , so wenig ist der daraus hervorgegangene globale Kapitalismus akzeptabel. Ihn kennzeichnet „ein Mangel an Demokratie und Gerechtigkeit“. „Er verschärft alte Ungerechtigkeiten und schafft neue“. Damit ist eine prinzipielle Frontstellung formuliert, in der sich die

Sozialdemokraten aufgehoben wissen. Der Kampf gegen die Armut, weltweit, in Europa und bei uns, das Eintreten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung findet hier seine allgemeinste Begründung. Mitten hinein in diese uralte, doch immer stärker aufgeladene Auseinandersetzung gehört die Forderung nach demokratischer Kontrolle der Finanzmärkte, die es ebenfalls auf nationaler, europäischer und globaler Ebene umzusetzen gilt. Allerdings, wo das Programm eben noch beschreibt, wie nötig solche Rahmensetzungen sind, da bleibt es andererseits vage und unverbindlich, wo es um tatsächlich greifende Instrumente geht. Weder Börsenumsatzsteuer oder Tobin-Tax noch Einschränkungen der Hedge-Fonds Aktivitäten, die mehr als Transparenz verlangen, haben Eingang in den Text gefunden.

Das soziale Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden. Wie kein Parteiprogramm zuvor setzt die SPD in Hamburg auf die EU als strategischen Schauplatz der eigenen politischen Praxis. Gegen alle Widersprüche und Halbheiten der heutigen europäischen Tagespolitik heißt es gleich zu Beginn des entsprechenden Abschnitts: „Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung“. Ebenso eindeutig verwirft das Programm die allgegenwärtige Brüsseler Tendenz, den Vorsprung des Binnenmarkts verglichen mit der sozialen Integration in eine dauerhafte Dominanz des Marktprinzips auf europäischer Ebene umzumodeln. „Neben die Wirtschafts- und Währungsunion muss die europäische Sozialunion mit gleichem Rang treten“. So und nur so kann die EU jenes Maß an innerem Zusammenhalt und internationaler Attraktivität gewinnen, dass sie zur umgestaltenden Kraft gegenüber dem

globalen Kapitalismus befähigt. Es ist deshalb nur konsequent, wenn sich das Hamburger Programm ausdrücklich dafür einsetzt, die Sozialdemokratische Partei Europas mit dieser Stoßrichtung „zu einer handlungsfähigen Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln“.

Gute Arbeit. „Jede gut gemachte Arbeit verdient Respekt, aber nicht jede Arbeit ist gute Arbeit. Arbeit gehört zum menschenwürdigen Leben, aber sie muss auch menschenwürdig sein“. Hier gelangen wir zu einem Herzstück des ganzen Programms; wenn irgendwo, dann verlohnt von hier aus ein vergleichender Durchgang durch die sozialdemokratische Programmgeschichte. Von Mal zu Mal werden uns unterschiedliche Annäherungen an die gesellschaftliche Wirklichkeit, das anhaltende Bemühen um Antworten „auf der Höhe der Zeit“ begegnen. Neben der Tätigkeit von Arbeitnehmern bezieht die „gute Arbeit“ des Hamburger Programms auch „selbstständige Erwerbsformen“ und „wertvolle Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit“ bewusst mit ein. Als Teil einer glaubwürdigen Strategie der Vollbeschäftigung bejaht sie „Arbeitsplatz- und auch Berufswechsel, vor allem aber ständiges Dazulernen“. Indem sich das Programm die darin enthaltenen Anforderungen zu eigen macht, vermag es die daraus folgenden Erwartungen an „gute Arbeit“ um so überzeugender zu begründen. Die „gerechte Teilhabe am erwirtschafteten Ertrag“ gehören dazu ebenso wie der Schutz vor Sozial- und Lohndumping, Tarifautonomie und Mitbestimmung.

Gerechte Daseinsvorsorge. Das Ringen um die möglichst umfassende Realisierung „guter Arbeit“ schafft zugleich die Basis für den Sozialstaat als „große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts“. Im Vorfeld des Hamburger Parteitags war es zu heftig geführten Kontroversen darüber gekommen, ob die „nachsorgenden“ Elemente des

Sozialstaates, verkörpert in Transferleistungen wie dem Arbeitslosengeld oder den Renten, gegenüber seinen „vorsorgenden“ Teilen, wie den verschiedenen Bereichen des Bildungswesens, der Integration von Migranten oder auf dem Feld des Gesundheitsschutzes, stärker zurücktreten sollten. Schließlich setzte sich die Einsicht in die Unentbehrlichkeit beider Bereiche durch. Sie führte zu Aussagen wie diesen: „Je früher, individueller und wirksamer das Prinzip der Vorsorge praktiziert wird, desto besser ist der Sozialstaat in der Lage, die großen Lebensrisiken solidarisch abzusichern“. Zugleich wird deutlich, dass die Gerechtigkeitsfrage in jedem der sozialstaatlichen Teilbereiche vom Bildungs- und Gesundheitswesen bis zur Alterssicherung eigenständige Antworten auf vielfach dramatisch wachsende Anforderungen verlangt. Sie reicht von den bereit stehenden Ressourcen über die Teilhabe der Betroffenen bis zur demokratischen Ausgestaltung der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung.

#### **Moderne Programmpartei**

Parteiprogramme brauchen Leben; das gilt für ein Grundsatzprogramm in besonders anspruchsvoller Weise. Sie gewinnen es aus den Überzeugungen der Mitglieder, für die sie sprechen, deren Einsichten sie zusammenfügen. Aber sie müssen sich auch als wirklichkeitsfähig und als wirkungsmächtig erweisen. Deshalb hört die Auseinandersetzung mit ihnen nicht auf; sie unterliegen einem ständigen Tauglichkeitstest, von innen durch Mitglieder und Anhänger, von außen durch Öffentlichkeit, Medien und konkurrierende Parteien, in Demokratien nicht zuletzt in Wahlen.

Dies alles sind Bewährungsproben, die das Hamburger Programm der SPD noch vor sich hat. Das beginnt mit dem Prozess der Aneignung des beschlossenen Textes bei den Mitgliedern, und

zwar auf allen Ebenen, in den Ortsvereinen, Kommunen und Landkreisen, auf Landes- und Bundesebene. Überall ist ein Abgleich vorzunehmen: Hat das Programm die vielfachen Anregungen des Parteibasis aufgenommen, fügt es sich überzeugend in das programmatische Erbe der Sozialdemokratie, gibt es den Antworten auf neue Herausforderungen der Gegenwart genügend Raum, ist es wirklich zukunftsfähig. Wie steht es mit der Verknüpfung der Kernbotschaften untereinander, wie passen sie zu den Einzelaussagen des Programms und wie viel Orientierung und Handlungsanleitung ist daraus zu gewinnen? Zugleich aber steckt in dem Abgleich immer auch die Rückfrage: Wie verhalten sich die Grundaussagen des Programms zum eigenen politischen Handeln, zur politischen Praxis von Sozialdemokraten, egal in welchem Bereich und auf welcher Ebene?

Dabei ist eines nicht mehr aus der Welt zu schaffen: Wer ein neues Grundsatzprogramm beschließt, setzt dem Pragmatismus in den eigenen Reihen Schranken und erhöht den Begründungszwang für tagespolitisch erforderliche Kompromisse. Denn wer dies alles ignorierte, beschädigt die Glaubwürdigkeit seiner Partei viel nachhaltiger, als dies in Zeiten programmatischer Leer- oder Hohlräume der Fall war.

Es gehört zu den Stärken der deutschen Sozialdemokraten, dass sie sich ausgerechnet als Regierungspartei einer Großen Koalition zutrauen, den aktualisierten Glaubwürdigkeitskriterien des eigenen Programms standzuhalten. Niemand braucht zu befürchten, dass sich die SPD deshalb künftig in einen dogmatischen Verein von Prorammexegeten verwandelte. Doch steht auf der Habenseite schon jetzt ein unschätzbare Zugewinn an innerem Zusammenhalt und der Bereitschaft, sich selbstbewusst in die politische Auseinandersetzung mit der Konkurrenz von rechts und links zu begeben.